Nummer 103 — Halle, Donnerstag, den 3. Mai 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: 200,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Werktag nachmittags. Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 3700,00 Mark, durch die Post frei ins Haus geliefert Mark 3700,00, in unseren Ausgabestellen abgeholt Mark 3600,00 monatlich. Die zehngespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr Mark 120,00, im auswärtigen Verkehr Mark 150,00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 400,00 im Ortsverkehr und Mark 500,00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Gros... 17. Fernsprecher-Sammelnummern 7431. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Druck-... „Saalezeitung Hallesche". Bank-Rechnung. Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig ... 22848. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbedingungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats mitzuteilen.

Paul Theuring
Rohprodukten-Gesellschaft m. b. H.
Fröbenstraße 21, sowie die bekannten Filialen kaufen und zahlen ständig Tagespreis für alle Rohprodukte.

Das Welt-Echo der deutschen Vorschläge.

Pariser Entrüstungsgeschrei / Englische Bemühungen um einen Verhandlungsbeginn / Reichskanzler Cuno zum deutschen Angebot / Festhalten am passiven Widerstand.

Dr. Cuno zur Note.

Berlin, 3. Mai. (Eig. Drahtmeld.) In der gestrigen Sitzung der Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten gab der Reichskanzler die deutsche Note mit Ausführungen bekannt, in denen es u. a. heißt: Heute wird den Mächten eine Note übergeben werden, die den Standpunkt der Reichsregierung zur Reparationsfrage und zur Frage der Befriedigung Europas präzisiert. Damit geschieht ein Schritt, der ungewöhnlich ist, weil er von einer Macht mitten im kraftvollen und einmütigen Abwehrkampfe getan wird, ohne daß die Haltung des Gegners dazu Anlaß gibt; ein Schritt von ungewöhnlicher Bedeutung, weil von seinem Gelingen das friedliche Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Frankreich, und darüber hinaus in Europa in den wirtschaftlichen Beziehungen, sowie die Abkehr von einem System des Hasses und der Feindschaft und der Wertvernichtung abhängt, ein Schritt, der dem Wiederaufbau dienen soll, während kein Mißlingen fortdauernde Verschärfung des Abwehrkampfes und die Vernichtung der letzten für die Reparation bereitzustellenden Mittel und Reserven bedeuten und für beide Teile innere Belastungen und Erschütterungen auslösen könnte, die für Europa und die Welt voller Gefahren sein würden. Aus der Ueberzeugung heraus, daß die an uns von außen her ergangene Aufforderung nicht unbeantwortet bleiben könne, und um dem Einwande zu begegnen, daß der Form des Schrittes wegen die Sache des Friedens Schaden leiden könne, hat sich nunmehr die Reichsregierung aus sich heraus entschlossen, ihre Stellungnahme zu der Reparationsfrage und zu den damit zusammenhängenden politischen Fragen zu präzisieren, im Bewußtsein ihrer Verantwortung aber auch der Stärke ihres Rechtes und der Abwehr. Es war nicht leicht, sich zu diesem Entschluß durchzuringen, denn Hemmungen verschiedener Art standen dem entgegen. Trotzdem haben wir den Schritt gewagt. Was wir in der Note vorgeschlagen haben, hält sich grundsätzlich im Rahmen der bisherigen Regierungserklärungen. Was die Reparationssumme anlangt, so haben **wir erneut den Versuch gemacht,**

zahlenmäßig eine Abgrenzung für unsere Verpflichtungen

zu finden. Dieser Versuch war schwerer als jemals zuvor aus den Gründen, die vor allen Dingen in der fortgesetzten und nicht berechenbaren Wertminderung im besetzten und im Einbruchsgebiete und damit für die gesamte Wirtschaft bestehen. Wir haben erneut, wie es auch der Außenminister im Reichstag angedeutet hatte, als Ausgangspunkt der Verhandlungen die 30 Milliarden Goldmark gewählt, die durch Anleihen aufgebracht werden sollen. Wir konnten das tun, ohne gegen unser Gewissen zu verstoßen, weil die Berücksichtigung der Minderung unserer wirtschaftlichen Kraft, unserer Leistungsfähigkeit und der durch den Schadenausgleich notwendigen Summe sich automatisch in dem Verhalten des internationalen Kapitalmarkts und in dem unserem Angebot eingefügten elastischen Faktor auswirken muß. Die Notwendigkeit einer Erholungsfrist, eines Moratoriums von 4 Jahren, ist organisch dadurch eingebaut, daß die Zinszahlungen der ersten vier Jahre dem erzielten Anleihebetrage entnommen werden sollen. Die Schuld von 30 Milliarden wird auch, wenn wir die vier Jahre benutzen, um mit ganzer Kraft den Wiederaufbau unserer Finanzen und der Wirtschaft zu fördern, schwer auf uns lasten. Die Sachlieferungen, soweit sie durch den Einbruch unterbrochen waren, sollen wieder aufgenommen und ihr Gegenwert auf unsere Schuld angerechnet werden. Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß kein Unbesangener, der die Schmälerung der Produktionsbasis Deutschlands und die Verminderung seiner Vermögenssubstanz durch die bereits bewirkten großen Leistungen berücksichtigt, Deutschlands Leistungsfähigkeit höher einschätzen kann, als unser Angebot es tut. Wir wollen und wir werden es durchführen, daß über die Objekte und Werte hinaus, die unter den Vertrag von Versailles fallen, auch die deutsche Wirtschaft und zwar die gesamte deutsche Wirtschaft, nicht nur die Industrie und die Landwirtschaft, sondern auch Handel und Finanz mit ihren gesamten Kräften sich bereitstellen, und zwar in konkreter, nötigenfalls im Wege der Gesetzgebung formulierter Form für die Sicherheit der Anleihe, die wir auf dem Weltmarkt erhalten. Der Betrag von 30 Milliarden wird vielleicht der Welt zu gering erscheinen, aber die Welt neigt dazu, zu vergessen, daß diese 30 Milliarden gar nicht alles sind, was wir leisten. Man vergißt, was bisher an ungeheuren Leistungen bereits vom Reiche aufgebracht worden ist. Selbst während der Zeit der Ruhrbesetzung und der Besetzung weiterer deutsche Landesteile hat Deutschland in der Einlösung der belgischen Schatzwechsel das gehalten, was es zugesagt hatte. Deutschland wird zur Abtragung der schweren Last nur fähig sein bei Wiederherstellung seines Kredits und seiner inneren finanziellen Ordnung. Wir haben auch die Frage der

politischen Sicherheiten für Frankreich und Deutschland

nicht unerörtert gelassen. Wir hatten den Vorschlag gemacht, daß die am Rhein interessierten Staaten sich gegenseitig verpflichten sollten, für ein Menschenalter ohne Plebiszit keinen Krieg gegeneinander zu führen. Um Frankreich Sicherheiten zu geben, sind wir zu jeder den Frieden sichernden Vereinbarung bereit, die auf Gegenseitigkeit beruht. Wir müssen, um zu einer Lösung der Reparationsfrage zu kommen, die Wiederherstellung des Status quo in dem Einbruchs- und dem altbesetzten Gebiet zum Ausgangspunkt unserer Verhandlungen machen, wie dies auch von der Bevölkerung in den besetzten Gebieten gefordert wird. Zum Ausgangspunkt der Verhandlungen müssen wir weiter die Forderung machen, daß die Gefangenen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Aemter zurückgegeben werden. Wenn ich die Aeußerungen der französischen Presse betrachte, die fast so aussehen, als sollte die Tür zu Verhandlungen zugeschlagen werden, bevor sie noch geöffnet ist, so habe ich keine übertriebenen Hoffnungen, daß unser heutiger Schritt zu Verhandlungen führen wird. Aber wir hoffen auf die Erkenntnis der Welt, daß dieser Konflikt an der Ruhr ein Wahnsinn ist, nicht nur für die Beteiligten, sondern zugleich für die ganze Welt, schon wegen der Belastung der weltwirtschaftlichen Beziehungen und der Behinderung ihres Wiederaufbaues. Und so senden wir die Note ab mit dem Wunsche, daß sie zu Verhandlungen führt, zu offenen, freien Verhandlungen, in denen wir mit aller Offenheit unsere Lage darlegen und uns zu einer Leistung bekennen wollen, die bis an die Grenze unseres Könnens geht.

Englische Schachzüge.

London, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) **Die deutsche Note wurde am Mittwoch nachmittag um 4 Uhr von dem deutschen Botschafter in London Herrn Sthamer im Foreign Office überreicht, wo sie von Lord Curzon entgegengenommen wurde. Gestern abend wurde eine offiziöse Mitteilung veröffentlicht, die folgenden Text hat: Wir verlangen, daß die englische Regierung allen interessierten Parteien lebhaft zu verstehen zu geben wünscht, daß England mit der deutschen Note absolut nichts zu tun hat und daß es an ihrer Ausarbeitung keinen Anteil genommen habe, entgegen den Behauptungen, die in verschiedenen Kreisen ausgesprochen wurden.**

Um Verhandlungen in Gang zu bringen.

London, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die englische Regierung wird sich der in- und ausländischen Presse gegenüber jeder Stellungnahme zum deutschen Angebot enthalten, bis das Kabinett in der Lage gewesen ist, die deutschen Vorschläge zu prüfen. Die diplomatischen Berichterstatter der Blätter tündigen übereinstimmend an, daß bereits in den nächsten Tagen wahrscheinlich ein Meinungsaustausch zwischen den Alliierten über die deutschen Vorschläge stattfinden wird. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Engländer vielleicht in der Lage wären, eine vorläufige schroffe Ablehnung durch Frankreich zu verhüten, indem der Versuch gemacht wird, Richtlinien für eine einheitliche Antwort der Entente an Deutschland aufzustellen. Eine solche Antwort werde naturgemäß, um Frankreichs Einstellung Rechnung zu tragen, das deutsche Angebot ablehnen müssen. Die Ablehnung müsse aber so eingehend begründet sein, daß es der deutschen Regierung möglich sei, in einer neuen Antwortnote auf die Bedenken der Entente einzugehen, womit eine Fortsetzung der Diskussion erreicht wird.

Entrüstungssturm in Paris.

Paris, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) **Die Zeitungen veröffentlichen den Text der deutschen Note, die aber dem „Temps" zufolge gestern mittag noch nicht am Quai d'Orsay eingetroffen war. Die Beurteilung des deutschen Vorschlages ist allgemein ablehnend. In dem Entrüstungssturm der Morgenblätter gibt der „Temps" die Führung ab. Die Zeitung beschäftigt sich in ihren Kommentaren aber fast ausschließlich mit der einleitenden Erklärung der Note und findet es überflüssig, auf die eigentlichen Vorschläge einzugehen. In der Einleitung versuche Deutschland, einen neuen Friedensvertrag zu verhindern. Die Behauptung der deutschen Regierung, wonach der passive Widerstand von der Bevölkerung ausgegangen sei, sei falsch. Die Bevölkerung habe im Gegenteil den Befehlen der deutschen Regierung gehorcht. Am meisten entrüstet sich der „Temps" über die Forderung der Räumung der Ruhr. Dies würde in den Augen der Bevölkerung eine wahre Niederlage Frankreichs bedeuten. An dem Tage, an dem die rheinischen Manifestanten die französischen Soldaten an den Bahnhof begleiten könnten, hätten sie das Empfinden, die Franzosen verjagt zu haben. Sie würden sich wie im Jahre 1813 als Vorposten der neuen deutschen Invasion ansehen, die bald wieder über Frankreich hereinbrechen würde. Deutschland laufe einen wahren Sturm gegen den Versailler Vertrag und den Londoner Zahlungsplan, und nur in der Hoffnung, die Alliierten um die mögliche Summe kreiten zu sehen, die es gerne bezahlen möchte. In diesem Falle aber werde Frankreich nicht hineingehen. Es sei an der Ruhr und werde dort bleiben. Was das Angebot von 30 Milliarden anbelange, so berechnet der „Temps", daß dieser Betrag nur 15 Milliarden entspreche und bezeichnet das Angebot als einen Theatereffekt, da die deutsche Regierung nicht einmal die Zustimmung derer besitze, die den deutschen Reichtum in Händen haben. Nach diesen Ausführungen kommt der „Temps" zu dem Schluß: Wenn die Franzosen und Belgier solche Schändlichkeiten diskutieren würden, so würden sie nicht nur die Sicherheit ihres Gutshabens, sondern auch die Sicherheit ihrer Soldaten an der Ruhr kompromittieren. Es verbleibe nur noch die Ausbeutung der Ruhr.**

*

In den übrigen Abendblättern werden die deutschen Vorschläge in der gleichen Art besprochen. Für den „Intransigeant" ist Deutschland noch nicht besiegt. Man schlage Deutschland heute einen falschen Waffenstillstand vor. Der Kampf werde fortdauern. Frankreich werde nur mit einem besiegten Gegner, der seine Niederlage zugebe, verhandeln. — Die „Liberté" führt aus, der Berg habe eine Maus geboren. Deutschland gleiche dem Pumper, der verspricht, in einem Monat mit einem Scheck zu bezahlen, den er aus Amerika erwarte. Die Zeitung glaubt außerdem an eine neue Version, nach der die Ausarbeitung des französisch-belgischen Reparationsplanes eingestellt worden sei. — Das „Journal de Débats" bringt wie immer die deutschen Vorschläge mit der türkischen Frage in Zusammenhang. Wenn Deutschland jetzt ungünstige Vorschläge mache, so sei das dem Umstand zuzuschreiben, daß die Alliierten die Zerreißung des Vertrages von Sèvres gestatteten. Dadurch hätten sie die Besiegten des Weltkrieges ermutigt, vorerst mit dem Demolierpickel über die sie gegenseitig bindenden Verträge herzufallen. Es sei so weit gekommen, daß die Besiegten nicht mehr Entschädigungen zahlen wollen, sondern im Gegenteil Vorschüsse verlangten. Das sei der Fall für die Türkei, die in Lausanne Reparationen verlange. Oesterreich habe einen Kredit bewilligt bekommen, Bulgarien verlange in diesen Tagen ebenfalls eine alliierte Anleihe, und die Türkei scheine diesem Beispiel folgen zu wollen. Auch Deutschland steure dem gleichen Ziele zu. Was die Note anbelange, erklärte die Zeitung, daß sie ein gut ausgedachtes diplomatisches Schriftstück darstelle, das den Prinzipien der Wilhelmstraße entspreche.

30 Goldmilliarden!

Der Wortlaut der deutschen Note, die an die fünf Hauptmächte des Versailler Vertrages und an Belgien gerichtet worden ist, stellt wohl das Größte an Selbstüberwindung und Opferbereitschaft dar, das jemals ein besiegtes Volk bekundet hat. Wir haben uns infolge der Geldentwertung etwas leichtfertig an das Wort Milliarde gewöhnt. Aber die Goldmilliarde, das ist ein besonderes Ding. Ist doch heute der Gegenwert einer einzigen Goldmilliarde in Papiermark ungefähr so viel, wie unsere ganze gegenwärtige schwebende Schuld ausmacht. Sieben bis acht Billionen Papier wären aufzubringen, um nur eine Goldmilliarde in fremden Werten zu erlangen. Aber auch diese Rechnung ist rein theoretisch. Denn in demselben Augenblick, wo Deutschland es unternehmen würde, an den Weltbörsen eine Goldmilliarde in fremden Valuten aufzukaufen, würde der Markkurs nahezu zentrecht ins Bodenlose stürzen. Es ist darum allein der Weg der Anleihe möglich. Und diesen Weg beschreitet das deutsche Angebot entschlossen und ungeheuer weitgehend. 20 Milliarden sollen sofort in einer internationalen Anleihe aufgelegt werden. Bei dem katastrophalen Zustand unserer Reichsfinanzen wäre es verhängnisvoll und unverantwortlich, wollte die deutsche Regierung auch nur das Versprechen sofortiger Verzinsung abgeben. Es ist darum eine vielleicht angefochtene, aber sachlich durchaus gangbare Lösung, daß die Zinsen zunächst aus dem Anleiheerlös von der Reparationskommission sichergestellt werden sollen. Aber die Entente soll diese aus der Anleihe zunächst entnommenen Zinsen später nachbezahlt erhalten. Das Wie soll von der Internationalen Kommission im Jahre 1931 festgelegt werden. Darüber hinaus erklärt sich Deutschland bereit, sofern internationale Sachverständige es für möglich halten, weitere 10 Milliarden in je zwei Anleihen von 5 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Deutschland erbietet sich also zu einer Gesamtverpflichtung von 30 Milliarden Mark.

Bekanntlich enthielt das deutsche Angebot, das man Herrn Bergmann mit nach Paris gab, die gleiche Ziffer. Inzwischen hat die Ruhrinvasion eingesetzt, jenes gewalttätige Verbrechen am Frieden und jenes sinnlose Attentat auf eine Wirtschaftsquelle gemeinsamen deutsch-französischen Wiederaufbaues. Die Schäden, die der Reparationsfähigkeit Deutschlands aus der französischen Unfähigkeit und Zerstörungswut erwachsen sind, vermag heute noch kein Mensch abzuschätzen. Dennoch bleibt Deutschland bei der gleichen Ziffer wie damals auf der Pariser Konferenz! Wer jetzt noch von dem „böswilligen Schuldner" spricht, der sollte unter allen Vernünftigen nur noch als böswilliger Lügner angesehen werden. Aber noch eins kommt hinzu. Deutschland bietet diese 30 Milliarden Goldmark an, obwohl es sich bereits durch Abtretungen und Zahlungen weißgeblutet hat. Die deutsche Note vermeidet es, auf die deutschen Vorleistungen hinzuweisen. Der Reichskanzler Dr. Cuno hat diese bereits getätigten Leistungen auf 56½ Milliarden geschätzt. Wenn die Gegner zu anderen Zahlen gekommen sind, so nur darum, weil sie in geradezu unverantwortlicher Weise das geraubte Gut verschleudert haben. Vieles wurde von ihnen auch überhaupt nicht in Rechnung gesetzt. Dennoch gibt man auch auf der Gegenseite einen Gesamtwert von 10 Milliarden für die Vorleistungen zu. England hat bekanntlich gewünscht, daß sich Deutschland zu einer Gesamtleistung von 40 Milliarden verpflichte. Das deutsche Angebot vermeidet die Ziffer 40, aber nur deshalb, weil wir selber unsere Vorleistung verkleinern würden, wenn wir jetzt die Ziffer der Gegner als richtig annehmen würden. Die Tatsache aber ist durch keine noch so entstellende Rechnung aus der Welt zu schaffen, daß Deutschland mit seinem neuen Angebot und seinen Vorleistungen weit über 40 Milliarden hinausgeht. Auch im übrigen erfüllt das deutsche Angebot alle nur möglichen Wünsche und Forderungen.

Bisher hat man sich immer darüber beschwert, daß die Verpflichtungen der deutschen Gesamtwirtschaft für den Anleihedienst zu unbestimmt seien. Jetzt erklärt die deutsche Regierung, daß sie alle gesetzlichen Maßnahmen zur Herbeiführung jener Garantien zu beschließen bereit ist. Mehr kann man wirklich nicht verlangen. Der praktische Wiederaufbau soll nicht leiden. Es wird grundsätzlich die deutsche Bereitwilligkeit zu allen Sachlieferungen ausgesprochen. Die Note regt ferner eine industrielle Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland an. Durch privatwirtschaftliche Verträge kann der Austausch von lebenswichtigen Waren zwischen Deutschland und Frankreich auf eine feste Grundlage gestellt werden. Die Note hebt besonders die deutsche Bereitwilligkeit zu langfristigen Verträgen über die Lieferung von Kohle und Kols hervor. Auf diese Weise kommt das deutsche Angebot nicht nur in den Reparationsanerbietungen den französischen Geldbedürfnissen entgegen, sondern es eröffnet auch der französischen Wirtschaft, die jetzt durch das Ruhrabenteuer des Herrn Poincaré in Schwierigkeiten gestürzt wurde, ein Zeitalter gesicherter Blüte. In Frankreich müßte man schon von den Göttern mit völliger Blindheit geschlagen sein, wenn man, wie es nach den bisherigen Pressemeldungen den Anschein erwecken muß, auch dieses deutsche Angebot ausschlagen würde.

Heutiger Stand des Dollars 39151!!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230503019/fragment/page=0001

Der neue deutsche Vorschlag geht auch in der Zusicherung friedensfördernder Vereinbarungen über alle früheren Angebote hinaus. **Es wird keine zeitliche Begrenzung mehr erwähnt, und** Deutschland erklärt sich ausdrücklich bereit, alle Streitigkeiten rechtlicher Art in einem schiedsgerichtlichen Verfahren und alle sonstigen Streitigkeiten in einem Vergleichsverfahren nach dem Muster der Brianschen Verträge zu regeln. Selbstverständlich ist dabei die Gegenseitigkeit. Die deutsche Note hat absichtlich alle gerechten Proteste und Rechtsverwahrungen hier weggelassen. Sie erklärt jedoch als selbstverständlichen Ausgangspunkt der Verhandlungen die Räumung der Ruhr und die Rückgängigmachung der Bluturteile und Ausweisungen. Keine Regierung könnte unter anderen Voraussetzungen verhandeln. Frankreich hat jetzt die Wahl zwischen Europas Frieden oder Chaos.

Auch die französische Regierung lehnt ab.

Paris, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Kurz nach Bekanntgabe der deutschen Vorschläge wurden gestern nachmittag bereits am Quai d'Orsay Auskünfte über die Haltung der französischen Regierung zu diesen Vorschlägen gegeben. Der Inhalt dieser Auskünfte deckt sich vollständig mit der ablehnenden Kritik der Pariser Abendpresse. Es wird darauf hingewiesen, daß die Erklärungen Poincarés sowohl in den letzten Londoner und Pariser Konferenzen wie auch bei den späteren verschiedenen Anspruchen aus Anlaß besonderer Gelegenheiten ein Programm darstellen, von dem Frankreich nicht abweichen werde. Die deutschen Vorschläge selbst, abgesehen von ihren Einzelheiten und namentlich den in ihnen enthaltenen Fäßern verlangten eine Aufrechterhaltung des bis zum Moment der Ruhrbesetzung bestehenden Zustandes, wobei die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen ausschließlich von Deutschlands eigenem guten Willen abhänge. Diesen Zustand, den Frankreich drei Jahre hindurch geduldet habe, wolle es nach den Erfahrungen, die es dabei machte, auf keinen Fall wiederhergestellt sehen. Entsprechend den Brüsseler Beschlüssen werde Frankreich niemals darin einwilligen, die Ruhr zu räumen, es sei denn Zug um Zug gegen die deutschen Zahlungen, da nur in diesem Falle angenommen werden könne, daß Deutschland ein Interesse daran habe, Zahlungen zu leisten. Da die deutsche Note in diesem entscheidenden Punkte Frankreich widerspreche, so sei sie auf jeden Fall als Grundlage weiterer Verhandlungen unbrauchbar. Diese Erklärungen wurden hier gegeben, ohne daß mit einem Wort dabei auf die Haltung der anderen Mächte, namentlich England, Bezug genommen wurde. Die Entscheidung der französischen Regierung scheint danach festzustehen und unbeeinflußbar zu sein. Auf die Frage, ob Frankreich auf die deutsche Note eine Antwort geben werde, wurde erwidert, daß darüber noch nichts bekannt sei.

Loucheurs Standpunkt.

Paris, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) „Petit Journal", das Blatt Loucheurs, dessen Besitzer er auch ist, bringt eine längere Besprechung der deutschen Note, die das Blatt zwar nicht als Grundlage, jo doch als Ausgangspunkt für Verhandlungen bezeichnet.

Die Ausnahme in Italien.

Rom, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) In Regierungskreisen wird die deutsche Note, die heute von dem deutschen Botschafter überreicht wurde, trotz gewisser Kommängel als geeignet für eine Verhandlungsbasis bezeichnet. Die „Tribuna" hält allerdings fest, daß die römischen diplomatischen Kreise äußerste Reserve gegenüber der deutschen Note beobachten. Diese Reserve sei erklärlich, da die Note zunächst einer ausführlichen Prüfung unterliege. Im voraus kommentiert der „Mattino", der sagt, zum erstenmal seit Beginn des Reparationszwistes bringe Deutschland eine Note, die mit einiger Hoffnung auf ein Ergebnis erörtert werden könne. Die deutsche Note nähere sich, von der Ziffer abgesehen, dem Projekte, das Italien in London vorlegte. Italien wolle Deutschland nicht ruinieren, aber auch nicht sich selbst. Der Pariser Botschafter Baron Quesano ist in Rom angekommen und hat mit Mussolini konferiert.

*

Basel, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die „Basler Nachrichten" sagen heute zu dem neuen deutschen Angebot: „Die deutschen Vorschläge haben den Charakter einer vernünftigen Diskussionsbasis. Ueber die Höhe des deutschen Angebotes und über die Garantien der Anleihe ließe sich reden. Es mache dem Vorwurf ein Ende, daß man über Weise und Umfang des deutschen Reparationswillens nichts wisse. Aber leider fehle die Hauptvoraussetzung eines Ergebnisses: französische Verhandlungsbereitschaft oder englische Vermittlungsabsichten. Deshalb hat es auch keinen Zweck, weiter über das Angebot zu diskutieren denn angesichts des Schicksals, das ihm von Paris aus zuteil wird, hat jede Diskussion nur akademischen Wert. Die „Nationalzeitung" beurteilt das deutsche Angebot ganz unsachlich vom französischen Gesichtspunkte aus und kommt natürlich zu einer Verneinung. Sie sagt: die Sachwertbesitzer, die nichts hergeben wollten, seien in Deutschland mächtiger geblieben als die Regierung und es sei sonderbar, warum die deutsche Regierung nicht versuche, ein festes Angebot eines großen Finanzkonzerns gegen eine Bürgschaft zu erhalten und so das Risiko, das jetzt die Gläubiger zu tragen hätten, billigerweise selbst zu übernehmen.

Die Anklage gegen Krupp.

Paris, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der „Petit Parisien" mitteilt, wird Herrn Krupp und seinen Mitangeklagten zur Last gelegt: 1. Uebertreiten der Verordnung vom 7. März, die Strafen für alle diejenigen vorsieht, die Attentate gegen die Besatzungstruppen unterstützen, 2. Uebertreiten der Verordnungen vom 11. Januar, kraft deren eine Geldstrafe von 10 Millionen Mark oder Haft bis zu fünf Jahren über Störer der öffentlichen Ruhe und Ordnung verhängt werden kann. Der Gerichtshof steht unter dem Vorsitz des französischen Oberstleutnants Pentonol, der Regierungsvertreter und Ankläger ist Hauptmann Duvert.

Essen, 3. Mai (Eig. Drahtmeldung.) Die Verhandlung gegen die drei Kruppdirektoren soll ungeachtet der erst jetzt erfolgten Verhaftung Herrn von Krupps nun nach der mehrfachen Verschiebung endgültig am Freitag beginnen. Herr Krupp ist in das Gefängnis in Werden abgeführt worden. Die Anklage wird vermutlich auch auf das Betriebsratsmitglied Müller ausgedehnt werden, dem schon bei seiner Vernehmung als Zeuge eröffnet worden ist, daß er unter Umstanden auch als Angeklagter in Frage komme. Müller hat sich zusammen mit seinem bei den Unruhen ums Leben gekommenen Kollegen Zander bei dem Zwischenfall am Karsonnabend bemüht, die Arbeiter zu beruhigen.

Essen, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Der Kruppprozeß vor dem französischen Militärgericht ist nunmehr endgültig auf Freitag und Sonnabend festgesetzt worden. Unter Anklage stehen Herr Krupp v. Bohlen und Halbach, Direktor Ruhm, Direktor Hartwig, Direktor Oesterlen, Direktor Baur, Direktor Schaefer, Betriebsdirektor Schräpler, Betriebsdirektor Cuntz, Betriebsratsmitglied Müller, der Chef der Lehrlingsabteilung Groß. Zu ganzen sind 40 Zeugen geladen und zwar 20 von der Anklage und 20 von der Verteidigung.

Degoutte verordnet weiter.

Essen, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) General Degoutte hat zwei neue Verordnungen erlassen. Nach Verordnung Nr. 33 ist jede Person, die die von der Interalliierten Kommission an Fabriken und Bergwerke erlassene Anordnung, Kohlen, Koks oder jeden anderen Stoff zu liefern, nicht befolgt, einer Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren und einer dem doppelten Wert der verlangten Lieferung gleichen Geldstrafe oder einer dieser beiden Strafen unterworfen, jo jedoch, daß die Geldstrafe nicht weniger als zehn Millionen Mark betragen darf. Nach Ablauf von fünf Tagen nach der Anforderung der betreffenden Materialien seitens der Franzosen tritt diese Strafe in Kraft. Nach Verordnung Nr. 34 hat jeder, der eine Zeitung oder eine Zeitschrift herausgeben will, an den Generalstab der betreffenden Division den Namen der Zeitung, Sitz der Druckerei, den verantwortlichen Leiter und die Mitarbeiter bekanntzugeben. Zwanzig Tage nach Erstattung der Anzeige wird der Generalstab sich über die Genehmigung entscheiden. Ohne Genehmigung erscheinende Zeitungen oder Zeitschriften werden sofort beschlagnahmt und die Herausgeber mit hoher Strafe belegt.

Eine englische Studienkommission für Deutschland.

Berlin, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Berl. Lokalanzeiger" erfährt, daß vor kurzer Zeit der Präsident des Deutschen Stahlbundes, Generaldirektor Reusch von der Gute-Hoffnung-Hütte in London weilte. Seiner Einladung folgend, werden sich in den nächsten Tagen englische Politiker und Industrielle nach Deutschland begeben, um mit deutschen Industriellen die Wiederherstellungsfrage zu studieren.

Neueinstellung der englischen Flottenpolitik.

Das englische Unterhaus hat den Antrag der englischen Regierung, Singapore zu einem Flottenstützpunkt allerersten Ranges auszubauen, mit überwältigender Mehrheit angenommen. Dieser Plan der englischen Regierung beweist, daß die britische Flottenpolitik völlig neu eingestellt worden ist. Da die deutsche Bedrohung aufgehört hat, soll das Schwergewicht der englischen Flotte nach dem fernen Osten verlegt werden. Vor dem Kriege hieß es in England, daß nur die deutschen Flottenpläne dem Abrüsten zur See im Wege ständen. Man hätte nunmehr annehmen können, daß jetzt für Großbritannien der Augenblick gekommen sei, die angeblich stets hochgehaltenen Ideale zu verwirklichen. Statt dessen bleibt alles beim alten, nur geographisch, nicht sachlich wird etwas geändert.

*

Die südamerikanischen Staaten hatten eine Konferenz zur gegenseitigen Abrüstung einberufen. Nach langem Hin und Her muß die Konferenz als endgültig gescheitert angesehen werden, da zwischen Argentinien und Chile eine Einigung unmöglich war. Solange die geistige Einstellung der Menschheit nicht von Grund auf anders wird — und daran ist in Jahrzehnten nicht zu denken —, werden alle solche Konferenzen mit einem Mißerfolge enden, bestenfalls wird, wie in Washington, ein Schaugericht serviert werden.

Ein neuer Mord.

Bochum, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) In Bochum ist in der Nacht vom 1. zum 2. Mai der Vergarbeiter Johannes Gmelin von einem französischen Soldaten erschossen worden. Einzelheiten liegen noch nicht vor. Aus Anlaß der vor einigen Tagen erfolgten Sprengung an der militarisierten Südstrecke bei Blankenstein ist seitens der französischen Kommandantur über das Amt Blankenstein die übliche nächtliche Straßensperre verhängt worden. Außer der aus Anlaß der Sprengung erfolgten Inhaftierung von sechs Personen wurden noch sieben weitere in der Nähe der Sprengstelle wohnhafte Personen verhaftet.

*

Horst-Emscher, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Gestern abend 10 Uhr wurden drei Bergleute und drei katholische Geistliche auf der Straße von zwei französischen Soldaten mit vorgehaltenem Revolver angehalten und um ihre Barschaft beraubt. Der Hinweis eines Geistlichen, daß er Diener der Kirche sei, wurde damit beantwortet, daß er um so mehr gezwungen sein würde, sein Geld restlos abzugeben. Der Kommando hat in einem Schreiben an die Kommandantur gegen diesen elfen Ausplünderungsfall von Straßenpassanten in ganz kurzer Zeit energisch protestiert.

Die Verordnungen gegen die Devisenspekulation.

Berlin, 3. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reichsregierung hat auf Grund des Notgesetzes dem Reichsrat die Entwürfe von Verordnungen über Maßnahmen gegen die Devisenspekulation und über Wechselstuben vorgelegt. Die erste Entwurf sieht, wie die „Telegraphen-Union" erfährt, weitgehende Beschränkungen für Markverkäufe im Auslande, Anmeldepflicht für Devisenkäufe für Rechnung von Ausländern oder auf eigene Rechnung von Devisenbanken, gesetzliche Sicherungen für das von der Reichsbank schon erlassene Verbot der Devisenbeleihung, schließlich eine Befugnis der Reichsbank vor, von jedermann Auskunft über Devisenbestände und Devisengeschäfte zu fordern, sowie die Ablieferung wirtschaftlich nicht berechtigter Devisenbestände zu verlangen. Der zweite Entwurf regelt die Konzessionierung der Wechselstuben und stellt sie unter besondere Aufsicht. Sobald der Reichsrat diesen im Einvernehmen mit der Reichsbank ausgearbeiteten Entwürfen zugestimmt haben wird, was voraussichtlich in wenigen Tagen der Fall sein dürfte, wird die Reichsbank von den für sie in Aussicht genommenen weitgehenden Befugnissen entsprechenden Gebrauch machen.

Ein unfreundlicher Akt Polens?

Die polnische Regierung hat, wie berichtet wird, der deutschen Gesandtschaft in Warschau eine Note übersandt, worin die deutsche Regierung aufgefordert wird, das deutsche Konsulat in Thorn bis zum 15. Mai aufzuheben. Als Grund wird angegeben, daß das deutsche Konsulat in Thorn sich unfreundlicher Handlungen gegen Polen schuldig gemacht habe. Ohne auf die angeblichen unfreundlichen Handlungen, die zudem noch nicht einmal bekanntgegeben werden, einzugehen, muß doch gesagt werden, daß das Vorgehen der polnischen Regierung einen nach jeder Richtung hin ungewöhnlichen Schritt darstellt. Erstens war das Thorner Konsulat ausdrücklich von Polen zugestanden worden, und selbst wenn sich der gegenwärtige deutsche Konsul persönlich mißliebig gemacht haben sollte, so hätte doch höchstens seine Abberufung verlangt werden können. Zweitens vollziehen sich selbst solche Forderungen nicht in einer derartig brüsken Form, die einem Ultimatum ähneln. Es scheint also, als wenn Polen absichtlich sich über die gewöhnlichen diplomatischen Regeln hinwegsetzt.

Neue Verhaftungen deutschvölkischer Führer. In den letzten Tagen sind erneut deutschvölkische Führer in verschiedenen Städten des Reiches festgenommen worden. Die Verhaftungen erfolgten auf Grund der Ermittlungen, die der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof, Landgerichtsrat Richter, vorgenommen hat. So wurde u. a. auch ein bekannter Leipziger Verlagsbuchhändler in Haft genommen, auch in Stuttgart und Breslau sind weitere Festnahmen von Personen erfolgt, die im Verdacht stehen, sich strafbar gemacht zu haben.

Freisprechung des Hofrats Rosenthal. Nach achttägiger Verhandlung ist gestern abend vor dem Dresdener Landgericht der Prozeß gegen den Hofrat Rosenthal und seine drei Mitangeklagten Fetzler, Bötcher und Saul beendet worden. Das Urteil lautete in sämtlichen Fällen auf völlige Freisprechung der Angeklagten Rosenthal, Fetzler und Saul, während der Angeklagte Bötcher wegen Reitenbandes in einem Falle zu 110 000 und wegen unerlaubten Handels zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Staatsanwalt Dr. Friedrich hatte die Anklage in seinem Plädoyer in vollem Umfange aufrechterhalten, die Höhe der Strafe aber nach sächsischer Praxis dem Gericht überlassen. In sehr langen Ausführungen wandte sich Rechtsanwalt Alsberg (Berlin) gegen diese Auffassung und griff besonders die Gutachten der Sachverständigen an. Zu etwa gleicher Weise äußerten sich die Verteidiger der übrigen Angeklagten, die Rechtsanwälte Dr. Graf (Leipzig), Dr. Drucker (Leipzig) und Dr. Schubert (Dresden). In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß bezüglich des Angeklagten Rosenthal von all den zahlreichen Fällen, die zur Verhandlung standen, auch nicht ein einziger übriggeblieben sei, der ausgereicht hätte, um das Gericht zur Ueberzeugung einer Schuld des Angeklagten gelangen zu lassen.

Wider Unken und Unglückspropheten.

Von

Generaloberarzt Dr. Neumann, Naumburg.

Bei vielen Menschen ist der Lebenswillen heute im Sinken begriffen. Sie glauben nicht an den Aufstieg. Sie jammern und klagen und sagen mit umdüsterter Stirn: passen Sie mal auf, das wird noch schlechter! Ich habe diese Redensart schon früher gehört, als es uns noch ganz gut ging. Solche Unglückspropheten und Unken sind geradezu gemeingefährlich. Sie wirken wie eine geistige Infektion, sie lähmen den Mut. Vor allem sind es unsere lieben Frauen, die so klagen. Gewiß, sie haben es nicht leicht, und daß wir in einer schweren Zeit leben, die uns nicht veranlaßt, Luftsprünge zu machen, das wissen wir. Aber einer Erlahmung unseres Lebenswillens sollten wir nicht nachgeben, im Gegenteil. Je schwerer es ist, desto mehr Widerstand. Das ist ja gerade der Segen der schweren Tage, daß sie uns fähig machen, Schweres zu ertragen.

Das Leben ist kein Roman, das Leben ist eine schwere Aufgabe und wir haben die Pflicht, an einer kraftvollen Lebensgestaltung zu arbeiten. Hierzu gibt uns A. Paulsen-Call in einer vortrefflichen Schrift im Verlag von Otto Salle in Berlin Anleitung. Der bekannte Nervenarzt Dr. Marcinowski in Sielbeck hat das Buch mit einer Empfehlung versehen, der ich mich nur anschließen kann. Wir leiden heute an einem Abhängigkeitswahn, während wir uns innerlich frei von den neueren Dingen machen sollten. Es ist ganz richtig, wir leben heute in Spannungszuständen. Hast, Unruh und Reizbarkeit sind die Zeichen der Zeit. Lebenswille ist Selbstbeherrschung. Wir müssen lernen, unangenehme Empfindungen geringzuschätzen. Was uns fehlt, ist der gute Wille, uns in die Verhältnisse zu fügen. Wir sollen den Kleinkram wirklich als Kleinkram schätzen. Dazu gehört auch die Angst vor dem Urteil der anderen. Wer den Lebenswillen fest besaht und sich zu einer gewissen Rücksichtslosigkeit durchringt, den wird das Urteil der anderen kalt lassen. Jedenfalls wird es sich von einer sklavenhaften Abhängigkeit von diesem Urteil frei machen. Wenn wir als deutsches Volk unseren Feinden gegenüber zähen Widerstand leisten, so verachten wir das Urteil der Gegner; und das ist besser und mannhafter als die ewige Angst und Furcht, die unseren Lebenswillen lähmt. Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten, dieses Goethewort sollte uns Führer und Mahner sein.

Mit der Liebe zur eigenen Unabhängigkeit wird auch der Sinn für die Unabhängigkeit unserer Mitmenschen in uns erwachen. Dann ergeben sich auch die richtigen Formen für die gegenwärtigen Beziehungen. Lebenswillen zeigen heißt das Leben bejahen. Aber nur der kraftvolle Mensch wirkt bejahend. Der Pessimismus ist keine Weltanschauung. Gewiß, der Optimist erlebt heilsame Enttäuschungen, aber sie sind ihm Helfer und Warner. Der Pessimist verneint das Dasein und ist ein unglückseliger Mensch.

Herr laß mich hungern dann und wann,
Satt sein macht stumpf und träge,
Und gib' mir Feinde Mann für Mann,
Kampf hält die Kräfte rege.
Gib leichten Fuß zu Spiel und Tanz,
Fingtraft in goldne Ferne,
Und häng' den Kranz, den vollen Kranz
Mir höher in die Sterne.

So ruft uns Gustav Falke zu. Wir brauchen die Reibungen und Hemmungen, um den Lebenswillen zu üben. Willensschwache Menschen sind ein Unglück für sich und andere. Wir müssen Kämpfer des Lebens sein. Wir müssen Helden unseres Willens sein. Eiserner Wille — das ist Lebenskunst. Zähester Widerstand. Nur so verdienen wir das Dasein, nur so haben wir Freude am Dasein, nur so wächst der Wille, der uns zu Taten befähigt. Der einzelne und das ganze Volk müssen den Lebenswillen zeigen, dann winkt uns der Erfolg.

„Der deutsche Braunkohlenbergbau". Bergmännisches Handbuch Bd. II. Herausgegeben von Karl Nothing, Leimbach. Verlag von Wilh. Knapp, Halle. Bezug durch jede Buchhandlung. Grundpreis 3,80 M. Dieser soeben erschienene II. Band des Bergmännischen Handbuches für Schule und Haus, der den deutschen Braunkohlenbergbau eingehend in klarer, vollstümlicher Darstellungsform behandelt, stellt sich Bd. I — Allgemeiner Teil — nicht nur ebenbürtig zur Seite, sondern übertrifft ihn noch durch zahlreiche treffliche Abbildungen, Kunstbeilagen und Karten aus der Braunkohlenformation, dem Braunkohlenbergbau und der Braunkohlenindustrie. Es wird wohl kaum ein zweites Buch in Deutschland geben, daß auf engem Raum in so verständlicher Form über die ganzen Braunkohlenverhältnisse orientiert. Das Buch ist nicht nur ein vorzügliches Lehrbuch für bergmännischen Nachwuchs, sondern auch eine willkommene Hilfsquelle für alle Kreise, die an dem Bergbau und besonders der Braunkohlenindustrie, ein Interesse haben. Im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens, besonders des Mitteldeutschen Braunkohlengebietes, wünschen wir diesem ausgezeichneten Buche die weitgehendste Verbreitung.

Stuttgarter Brief.

Im Landestheater gelangte die deutsche Tragödie in sieben Stationen „Geschlagen!" von Hans Franck — dem Dichter der „Godiva" — zur Uraufführung. Der große Erfolg dieser gar nicht patriotischen und nicht deutschen Tragödie verdankt der Autor seiner feinen Bühnentechnik in konzentrierter Form und seiner Innerlichkeit in seiner seelischen Bestimmung der Liebe zum Menschen, die über den Militarismus zu siegen hat und der überaus großen Darstellungskunst von Paul Land, Egmont Richter (General Winterfeldt), Maxy (Prinz Wilhelm) und Kurt Junker (Friedrich der Große). Es ist ein Familienkonflikt zwischen König Friedrich und seinem Bruder, der für die Menschlichkeit eines Heerführers eintritt, während der König lieber die Welt zerstört, als am Hohenzollernthron ein Löchlein läßt. Aber hier ist das Preußische auf die Welt übertragen und der Prinz stirbt an der Vernichtung des ewigen Friedens durch den Militarismus, vom Dichter mit seiner Innerlichkeit geschildert. Der Dramaturg dieses Theaters hatte bisher große Mißerfolge mit Werfels „Schweiger" und Mohrs „Geldem Zeit". Hier ist sein Erfolg und der noch größere des künftigen Oberspielleiters Herbert Maisch, als Nachfolger des Direktors Holl, über den ich nächste Woche, weil wichtig für die Zukunft der Berliner Volksbühne, zu reden habe.

Groß in jeglicher Art war der berühmte Egmont Richter, ein Gemälde: Kurt Junker als Friedrich, Paul Land aber war der erwärmende Strahl eines jugendlichen Herzens, das den Menschen Liebe bereitet und ihre Sorgen zum Schweigen bringt, was in „Was Ihr wollt" der vorzügliche Herr Varndal, der die Erbschaft der größten Komiker mit unbeschreiblicher Lieblichkeit verbindet und die sich nun der Berliner Film zunutze macht, tut. Herr Varndal ist die Frühlingssonne, eine Seltenheit, die auch nur einmal dem hiesigen Theater ward.

H.

Jugendpflege. Im bayrischen Staatshaushalt für 1923 sind wieder staatliche Mittel zur Förderung der vaterländischen Jugendpflege bereitgestellt. Diese Mittel sollen in der Hauptsache zur Gewährung von Zuschüssen an die auf dem Gebiete der vaterländischen Jugendpflege an der nicht mehr werktagsschulpflichtigen Jugend tätigen Landesorganisation verwendet werden. Gesuche um solche Zuschüsse sind bis spätestens 10. Mai 1923 beim bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus einzureichen unter Schilderung der Verhältnisse des Verbandes und der Art seiner Tätigkeit sowie unter Angabe der Zahl der ihm angeschlossenen Jugendlichen, der Zahl der etwa angeschlossenen Vereine, des Rechnungsabschlusses des Vorjahres und des Zweckes, für den der Zuschuß erbeten wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230503019/fragment/page=0002